

# Kirchengewerkschaft fühlt sich von Landeskirche „erpresst“

Verwaltung will vereinbarte Gehaltssteigerung nicht zahlen / Mitarbeiter drohen mit Protesten

VON MATHIAS KLEIN

Zwischen der Landeskirche und ihren rund 23 000 Beschäftigten knirscht es gewaltig. Die Kirchengewerkschaft wirft der Spitze des Landeskirchenamtes Erpressung vor. Die Kirchenverwaltung verlangt von den Mitarbeitern eine Beteiligung an der Altersversorgung. Andernfalls werde die vereinbarte Tarifsteigerung nicht gezahlt. Eigentlich hatte die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen mit den Gewerkschaften einen Tarifvertrag verhandelt. Er sieht – gültig ab heute – eine Tarifsteigerung von

2,3 Prozent vor, mindestens jedoch 75 Euro. Der Anstieg soll allerdings nicht gezahlt werden, wenn die Beschäftigten keinen Eigenanteil bei der Alterssicherung übernehmen.

Betroffen sind im Bereich der Landeskirche rund 23 000 Mitarbeiter, davon in der Region Hannover nach einer Schätzung der Gewerkschaft etwa 5000 Beschäftigte. Alle Mitarbeiter evangelischer Kindergärten, aber auch diejenigen des Landeskirchenamtes, die Diakone und Kirchenmusiker werden nach dem Tarif bezahlt.

Den Chef der Kirchengewerkschaft,

Werner Massow, bringt das in Rage. Die Kirche schaue nicht auf ihre Mitarbeiter, sondern handle nach „Renditeinteressen“, sagt er. Viele Mitarbeiter bezeichneten das Verhalten der Kirchenoberen als „unchristlich“, betont Massow.

Die Landeskirche schwimme derzeit regelrecht im Geld, meint er. Grund dafür sei eine „Explosion der Kirchensteuereinnahmen“, die auf die gute wirtschaftliche Gesamtlage zurückzuführen ist. Bemerkenswert sei außerdem, dass die Oldenburgische und die Braunschweiger Landeskirche die Tarifanpassung wie vereinbart umsetzten.

Zwar sei den kirchlichen Mitarbeitern nach einem Beschluss des Bundesarbeitsgerichts das Streiken verboten. Daraus ergebe sich allerdings seiner Meinung nach auch ein besonders verantwortungsvoller Umgang mit den Mitarbeitern, wenn es um das Einkommen und die zusätzliche Altersversorgung gehe. Er denkt jetzt darüber nach, Protestaktionen zu organisieren. Ein Ziel der Proteste könnte zum Beispiel die Synode sein, die im Mai zusammenkommt. Die Proteste sollen unter dem Motto stehen: „Wir lieben unsere Mitarbeiter sehr, doch das Geld, das lieben wir noch viel mehr.“

Das Landeskirchenamt reagierte gestern mit Zahlen über die künftige Finanzlage der Landeskirche. Nach den gegenwärtigen Planzahlen werden sich die Einnahmen ab 2019 negativ entwickeln, ab 2022 entstehe ein Haushaltsdefizit, falls die Ausgaben nicht angepasst würden, berichtet Sprecher Johannes Neukirch. Hinzu komme, dass die kirchlichen Arbeitgeber wegen der schlechten Lage am Kapitalmarkt auch mit Sanierungsgeldern für die zusätzliche Altersversorgung belastet seien. Daher sei es nötig, dass die Mitarbeiter dem Eigenbetrag für die Betriebsrente zustimmen müssten.